EUROPÄISCHE INTEGRATION 17.02.2026 | Konstantin Hadži-Vuković

Kein kleiner Happen

Montenegro ist nicht makellos, aber reformbereit. Reicht das, um bald das 28. EU-Mitglied zu werden?

Ein gängiges Klischee auf dem Balkan besagt, dass die Menschen aus Montenegro faul seien und gerne schlafen. So faul, dass Montenegro das Auseinanderbrechen Jugoslawiens verschlief und erst 2006 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärte. Knapp 20 Jahre später zeigt sich jedoch ein völlig anderes Bild. Montenegro hat seine angebliche Schlendrian-Mentalität abgeworfen und pocht darauf, die EU-Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr abzuschließen. Bei der Münchener Sicherheitskonferenz fragte der von Moderator Ischinger nicht erkannte Jakov Milatović, Präsident von Montenegro, Bundeskanzler Merz öffentlich: Wann?

Zuletzt konnte das Land das Verhandlungskapitel 32 zur Finanzkontrolle vorläufig schließen und steht mit 13 von 33 abgeschlossenen Verhandlungskapiteln an der Spitze der EU-Beitrittskandidaten. In Montenegros Hauptstadt Podgorica wird daher nicht ausgeschlossen, dass die Verhandlungen noch 2026 beendet werden. Ein EU-Beitritt 2028 sei möglich, heißt es. Auch aus der EU-Kommission kommen positive Signale. Das Land sei der am Weitesten vorangeschrittene Kandidat und habe bedeutende Fortschritte auf dem Weg zum EU-Beitritt erzielt, sagte EU-Erweiterungskommissarin Marta Kos nach der Veröffentlichung der Berichte über die Kandidatenstaaten im November 2025. Ähnliche Anerkennung äußerte der deutsche Außenminister Johann Wadephul und lobte bei seinem Besuch im November 2025 den Reformprozess des Landes.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine rückte den Westbalkan aus geopolitischen Gründen wieder stärker in den Fokus Brüssels.

Diese Lage ist neu. In den vergangenen Jahren hatte in der EU nämlich eine gewisse Erweiterungsmüdigkeit überwogen. Nach dem Beitritt Kroatiens 2013 war die EU-Erweiterung jahrelang ins Stocken geraten. Erst der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine rückte den Westbalkan aus geopolitischen Gründen wieder stärker in den Fokus Brüssels. Genau das bemängeln kritische Beobachter aus

Thinktanks und der Zivilgesellschaft: Hinter der vorgeblichen Erfolgsgeschichte drohe die Reformrealität in Montenegro aus dem Blick zu geraten. Insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und beim fortdauernden Einfluss Serbiens bestehen nämlich weiterhin strukturelle Defizite. In diesem Zusammenhang ist mitunter von einem „Doppel-Bluff“ die Rede: Montenegro präsentiere sich aus naheliegenden Gründen als beitrittsreif, und die EU spiele aus strategischen Erwägungen mit.

Tatsächlich ist in Montenegro selbst die Unterstützung für einen EU-Beitritt groß. Rund 79 Prozent der Bevölkerung sprechen sich laut Umfragen dafür aus, und der Großteil der politischen Parteien bekennt sich klar zur europäischen Integration. Maida Gorčević, Ministerin für europäische Angelegenheiten Montenegros, spricht von ihrem Land als einem „kleinen Happen“. Mit seinen etwa 600 000 Einwohnern würde ein Beitritt kaum auffallen, heißt es häufig in Podgorica. Eine scherzhafte Formulierung, für die jedoch tatsächlich einiges spricht: Ein Beitritt würde für die EU keine grundlegende strukturelle Herausforderung darstellen. Montenegro erfüllt bereits zahlreiche Voraussetzungen: Das Land verwendet bereits seit 2003 den Euro, was von der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission trotz anfänglicher Vorbehalte toleriert wird. Seit 2017 ist Montenegro NATO-Mitglied. In der Außenpolitik folgt der Staat weitgehend der Ausrichtung der EU, etwa bei den Sanktionen gegen Russland, obwohl russische Investitionen lange eine große Rolle spielten und russisches Kapital weiterhin präsent ist. Premierminister Milojko Spajić von der Partei „Europa, jetzt!“ spricht gerne von Montenegro als dem nächsten EU-Wunder. Auf institutioneller Ebene hat Montenegro Fortschritte erzielt: In der Rangliste der Pressefreiheit kletterte das Land seit 2020 vom 105. auf den 37. Platz. Die Staatsschulden sanken von 110 auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, und das jährliche Haushaltsdefizit fiel von zwölf auf drei Prozent. Zudem hat Montenegro damit begonnen, seine bisherige liberale Visapolitik an die restriktiveren EU-Standards anzupassen – ein langjähriger Kritikpunkt Brüssels.

Der Bruch mit den alten Machtstrukturen unterscheidet Montenegro grundlegend von seinem Nachbarland Serbien.

Vor dem Hintergrund der jüngeren Geschichte Montenegros sind dies bemerkenswerte Erfolge. Über mehr als drei Jahrzehnte galt das Land als Eldorado für Geldwäsche, Schmuggel, Drogen- und Waffenhandel. Milo Djukanović und seine „Demokratische Partei der Sozialisten“ – die

Nachfolgeorganisation des montenegrinischen „Bundes der Kommunisten Jugoslawiens“ – regierten das Land durchgehend bis 2020. Unter seiner Regierung entwickelte sich der Staat zu einem sicheren Hafen für Akteure aus dem Umfeld des organisierten Verbrechens. Djukanović selbst war in umstrittene Privatisierungen und Geschäfte mit russischen Oligarchen und aserbaidschanischen Unternehmen verwickelt. Staatlich kontrollierte Medien wurden genutzt, um Journalisten und Aktivisten zu diffamieren, die auf Korruption und Machtmissbrauch hinwiesen. Der politische Umbruch von 2020 markierte jedoch eine Zäsur: Djukanović und seine Partei wurden in die Opposition gedrängt. Seitdem gehen montenegrinische Behörden verstärkt gegen die alten Strukturen vor: Auftragskiller, Drogenkuriere, korrupte Richter, Polizeichefs und ehemalige Minister landen vermehrt hinter Gittern. Der Bruch mit den alten Machtstrukturen unterscheidet Montenegro grundlegend von seinem Nachbarland Serbien, wo mit Aleksandar Vučić der Regierungschef weiterhin für die politische Kontinuität mit den 1990er Jahre steht.

Doch so beachtlich die Fortschritte sind, die bisher abgeschlossenen Verhandlungskapitel betreffen vor allem eher unkomplizierte Bereiche wie das Niederlassungsrecht und den freien Dienstleistungsverkehr. Kritische Stimmen aus Brüssel weisen darauf hin, dass noch kein neues Antidiskriminierungsgesetz im Einklang mit dem EU-Recht verabschiedet wurde. Roma, Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ-Personen sind weiterhin strafloser Diskriminierung, Hassrede und Hassverbrechen ausgesetzt. Internationale Organisationen berichten von Lücken bei der Umsetzung von strafrechtlicher Verfolgung. Das Parlament kann zwar seine Kontrollfunktionen ausüben, bleibt aber angesichts fragiler demokratischer Institutionen anfällig für politische Krisen. Auch die Harmonisierung der Visapolitik mit EU-Standards ist noch unvollständig. Nach wie vor gibt es Herausforderungen beim Kampf gegen die organisierte Kriminalität und gegen Korruption. Kriminelle Netzwerke aus Serbien und aus Montenegro arbeiten teilweise eng zusammen und nutzen legale Unternehmen zur Geldwäsche. Vereinzelt kommt es immer noch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern von Mafia-Organisationen

auf offener Straße.

Der schwächelnde, aber weiterhin bestehende Einfluss des ehemaligen Bruderstaates Serbien ist eine weitere Komplikation. Rund 33 Prozent der Bevölkerung bezeichnen sich als Serben. Die pro-europäische Partei von Premierminister Spajić war nach der Wahl 2023 gezwungen, auch mit rechten serbisch-nationalistischen Kräften zu koalieren. Diese und die serbisch-orthodoxe Kirche tragen dazu bei, den politischen Einfluss Belgrads in Montenegro aufrechtzuerhalten. Serbien pflegt auf internationaler Ebene bekanntlich enge Beziehungen zu Russland und China. Die autokratische Regierung unter Präsident Vučić versucht seit Jahren zwischen Brüssel, Peking und Moskau zu navigieren. Im Dezember 2025 schlug Vučić einen gemeinsamen EU-Beitritt der gesamten Region vor – faktisch nichts anderes als ein strategischer Versuch, den eigenen Beitritt ebenso wie den seiner Nachbarn hinauszuzögern, um sich einen gewissen regionalen Einfluss zu sichern. Ein vorzeitiger EU-Beitritt Montenegros wäre deshalb ein politischer Schlag gegen die Ambitionen Vučićs. Das Land würde zu einem Beispiel für eine erfolgreiche, demokratische und pro-westliche Entwicklung auf dem Westbalkan. Darüber hinaus hätte ein solcher Beitritt Signalwirkung für die serbische Bevölkerung selbst: Sollten Serben in Montenegro aufgrund der EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile genießen als Serben in Serbien, könnte das die Haltung verschiedener Gruppen dort beeinflussen.

Dass Montenegro am Ende wohl doch kein so „kleiner Happen“ sein wird, wie es in Podgorica bisweilen dargestellt wird, ist also wahrscheinlich. Die zentralen Verhandlungskapitel 23 und 24 – Justiz und Grundrechte sowie Justiz, Freiheit und Sicherheit – stehen noch vor ihrem Abschluss. Zuvor müssen einige rechtskräftige Urteile wegen organisierter Kriminalität, hochrangiger Korruption und Amtsmissbrauchs gesprochen werden. Da solche Verfahren mehrere Jahre in Anspruch nehmen, erscheint ein EU-Beitritt 2028 unrealistisch.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat den EU-Beitrittskandidaten in der Region die Risiken eines Machtvakuums in ihrem unmittelbaren Umfeld deutlich vor Augen geführt. Ein EU-Beitritt Montenegros würde den Westbalkan stärker vom russischen Einfluss abschirmen und zugleich die strategische Handlungsfähigkeit der EU unterstreichen. Zudem wäre es ein Signal an die Skeptiker in Europa – und insbesondere in der Region –, dass Erweiterungspolitik mehr ist als ein folgenloses Versprechen. Doch die eigentliche Bewährungsprobe steht noch bevor. Wird die EU bei den letzten Punkten an ihren eigenen Kriterien streng festhalten oder bleibt es beim geopolitischen Doppel-Bluff? Montenegro ist auf einem erkennbar

reformorientierten Kurs, jedoch bei weitem kein makelloser Kandidat. Vielmehr ist es derzeit der politisch am leichtesten integrierbare Bewerber: eine kleine Bevölkerung, klar pro-europäisch, geopolitisch relevant und ohne realistische Alternative zur EU. Entscheidend sind die verbleibenden Reformschritte. Falls die EU in den verbleibenden Schlüsselbereichen konsequent auf nachweisbare Reformen besteht und in Podgorica die politische Stabilität anhält, könnte Montenegro in absehbarer Zeit tatsächlich zum 28. Mitgliedstaat werden. Dann hätte das Land der schwarzen Berge sein Image als verschlafen endgültig widerlegt.



Konstantin Hadži-Vuković
Berlin

Konstantin Hadži-Vuković ist freier Journalist mit Schwerpunkt Osteuropa. Seine Beiträge erscheinen unter anderem in der *ZEIT* und dem *European Correspondent*.